



Elterninitiative G9-jetzt!

c/o Schleswig-Holsteinischer Elternverein e.V.

Geschäftsstelle:

Internet:

Bgm.Kinder-Str.9

<http://www.g9jetzt.de>

24306 Plön

briefkasten@g9jetzt.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2906

An die

Vorsitzende des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags,
Frau MdL Anke Erdmann

über den Geschäftsführer des Bildungsausschusses Herrn Ole Schmidt

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Plön, den 30.5.2014

Betreff: Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Elternvereins e.V. (SHEV) und
der Elterninitiative G9-jetzt! zum Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetz (Lehr BG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass wir zum o.g. Entwurf Stellung nehmen dürfen.

I. Allgemeines:

Diesen Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes lehnen wir in der vorliegenden Fassung in Gänze ab. Er ist – wie das aktuelle Schulgesetz SH - Wegbereiter für die Einheitsschulen in SH, die wir grundsätzlich als Verfechter des differenzierten Schulwesens nicht akzeptieren. Die Abschaffung der Gymnasien und Förderschulen ist damit vorprogrammiert.

Außerdem entsprechen die massiven Änderungen sowohl im aktuellen Schulgesetz SH als auch im o.g. Gesetzentwurf nicht mehr den Vereinbarungen der KMK über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I in der Fassung vom 4.10.2012. Die in diesen Vereinbarungen verankerten bundesweit geltenden Leitprinzipien - die Sicherung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen und die Durchlässigkeit (z.B. auch Wechsel in eine Schule in einem anderen Bundesland) – werden nicht mehr eingehalten. Unsere Kinder werden dadurch deutlich benachteiligt. Auch für die Lehrkräfte dürften die besagten Änderungen große Hürden bei einem Wechsel in ein anderes Bundesland darstellen.

Das neue Schulgesetz SH verbietet entgegen den Vereinbarungen der KMK Differenzierung im Unterricht, obwohl die Vereinbarungen ausdrücklich Differenzierungen sogar nach abschlussbezogenen Klassenverbänden vorsehen. Das Gymnasium hat nach den Vereinbarungen die Aufgabe, eine vertiefte

allgemeine Bildung auf einen Bildungsweg an einer Hochschule zu vermitteln. Wenn jetzt aber – wie im Entwurf des LehrBG vorgesehen – die eigenständige gymnasiale Lehrkräfteausbildung abgeschafft wird, ist damit zu rechnen, dass sich das Anspruchsniveau senken wird. Es ist zu befürchten, dass sich die Studienabbrecherquote, die bereits jetzt sehr hoch ist, noch deutlich erhöhen wird. Wir lehnen daher die Abschaffung der eigenständigen gymnasialen Lehrkräfteausbildung ausdrücklich ab.

Das "Gemeinsame Lernen" von Behinderten und Nichtbehinderten (Inklusion) ist mit dem aktuellen Schulgesetz SH zur Pflicht geworden. Um Klarheit darüber zu erhalten, welche Aufgaben die Schule zu übernehmen hat und welche nicht, müssen eindeutige Regelungen für die Lehrerausbildung gefunden werden, die die Aufgaben einer Lehrkraft von der eines Schulbegleiters, eines Integrationshelfers etc. klar voneinander abgrenzen. Als Entscheidungsgrundlage sollten Gerichtsurteile, die sich mit dem Thema Inklusion, dazugehörigem Fachpersonal und Kostenaufteilung befassen, herangezogen werden – insbesondere ist das erst kürzlich ergangene Urteil des Landessozialgerichtes SH (http://www.schleswig-holstein.de/LSG/DE/Landessozialgericht/PDF/Presseerklaerung_21_02_2014_blob=publicationFile.pdf) zu berücksichtigen.

II. Stellungnahmen zu einzelnen Regelungen

Zu § 2 Abs. 1 (Ziele und Inhalte der Lehrkräftebildung)

„Pädagogische Ziele“ – ersetzt hier offensichtlich wie im Schulgesetzentwurf SH - die Begriffe „Bildung und Erziehung“. Wie von uns bereits in der Stellungnahme zum Schulgesetz in der Entwurfsfassung ausgeführt, lehnen wir auch hier den Austausch der Begriffe ab.

Zu § 3 (Lehrämter und Lehramtsbefähigungen)

Das unter Absatz 1 Ziffer 2 aufgeführte „Lehramt an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen (Sekundarschullehramt)“ verdeutlicht die Vereinheitlichung der Schularten – die wir aus den unter „Allgemeines“ aufgeführten Gründen ablehnen.

Zu § 15 (Studium für das Lehramt an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen)

Hier verweisen wir auf die Ausführungen zu § 3 – die Vereinheitlichung lehnen wir auch hinsichtlich des Studiums ab.

Astrid Schulz-Evers

(Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Elternvereins e.V. und Sprecherin der Elterninitiative G9jetzt!)